

Zwei Millionen Daumenabdrücke gegen den Imperialismus?

Zum Stand der Internationalismusbewegung

„Der real existierende Kapitalismus ist wirklich die Barbarei, und sein neuer neoliberaler Aufputz ist nichts weiter als die Barbarei ohne Grenzen“, so der ägyptische Entwicklungstheoretiker Samir Amin. Für Karl Rössel, Autor des Buches „Hoch die internationale Solidarität“, gibt es daher genug Gründe für InternationalistInnen, weiterhin an der Suche nach Alternativen zur herrschenden Weltordnung festzuhalten. Zudem gilt es in der aktuellen Situation, aus der Geschichte zu lernen und die Hoch- und Tiefphasen der Solidaritätskonjunkturen Revue passieren zu lassen.

Die Internationalismus-Bewegung steht 1994 - so die verbliebenen Dritte-Welt-Läden, Solidaritätsgruppen und Internationalismus-Initiativen überhaupt noch eine „Bewegung“ darstellen - vor völlig anderen Ausgangsbedingungen als noch vor sechs Jahren, etwa anlässlich der Anti IWF/Weltbank Kampagne. Auf das kurze „Hoch“ der internationalen Solidarität in den achtziger Jahren folgte das lange Tief der neunziger, die geprägt zu sein scheinen von Resignationen und Verunsicherungen, von Auflösungserscheinungen der „Bewegung“ und Perspektivlosigkeit in Theorie und Praxis der Internationalismusbewegung.

Das zeigt beispielhaft die aktuelle Auseinandersetzung mit der Politik von IWF und Weltbank Mitte 1994. Unter dem Motto: „Auf nach Madrid: 50 Jahre IWF und Weltbank sind genug“ rufen auch heute wieder einige Initiativen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) zu Protesten gegen die Jahrestagung in Madrid auf. Ein „alternatives Festkomitee“, ins Leben gerufen von spanischen Gruppen, plant dort einen „Gegenkongress“ unter dem Titel „Other voices of the planet“ und eine „Großdemonstration“. Das heißt: alles scheint zu laufen wie gehabt. Beim letzten BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Akti-

onsgruppen) im Mai 1994 in Karlsruhe erklärte ein Vertreter des ASTA-Internationalismus-Referats Hannover, er ginge davon aus, daß „allein 5000 Menschen aus der Bundesrepublik“ zur Anti-IWF-Demonstration im September nach Madrid fahren würden. Sein Optimismus in Ehren - aber der Mann war offensichtlich neu in der Internationalismusszene. Sonst wäre ihm aufgefallen, daß aktionsorientierter Internationalismus keine Konjunktur mehr hat.

Die Aktivitäten von Basisinitiativen sind in den letzten Jahren stetig zurückgegangen, ihre Vernetzung funktioniert kaum noch und viele Gruppen existieren nur deshalb weiter, weil sie hauptamtliches Personal zur Verwaltung der Solidaritätsarbeit angestellt haben. Die Internationalismusszene hat sich weiter spezialisiert und ist professioneller geworden, was durchaus auch positive Möglichkeiten eröffnet. Sie hat jedoch zugleich an gesellschaftlichem Impetus verloren. An die Stelle von Initiativen, die vor Ort über „Dritte Welt“-Themen informieren und für internationalistische Aktionen mobilisieren, treten immer häufiger hauptamtlich verwaltete Solidaritäts-Zentren, Nicht-Regierungs- und Lobby-Organisationen auf, die eher mit dem Druck von Presseerklärungen als dem Druck der Straße agieren.

Zwischen Hoffnungslosigkeit und nationaler Besinnung

Dabei besteht kein Zweifel: Nie waren mehr qualifizierte Informationen über das Elend der „Dritten“ Welt und seine Ursachen verfügbar als heute. Es gibt kaum ein Land der Erde, zu dem sich nicht ausführliche und qualifizierte Literatur sowie irgendwelche Initiativgruppen wie auch ReferentInnen finden ließen, egal ob es nun um wirtschaftliche oder politische, soziale oder ökologische Probleme der „Dritten“ Welt geht. Aber der Internationalismus-Bewegung gelingt es immer seltener, mit ihren Informationen und Analysen den herrschenden Diskurs zu beeinflussen oder gar zu

bestimmen. Oft hat es den Eindruck, als ließe sich nicht einmal mehr in den eigenen Reihen die Hoffnung aufrechterhalten, das sich das bis ins letzte schmerzhaft Detail bekannte Elend der „Dritten Welt“ überwinden läßt. Manchen erscheinen gesellschaftliche Alternativen inzwischen so utopisch und die Gegenseite in allen Belangen so übermächtig, daß sie nur noch das kurzfristig Machbare sehen und darüber das langfristig Wünschenswerte vergessen. Andere sind längst dem Zynismus verfallen.

Bekanntester Prototyp ist Hans Magnus Enzensberger, Internationalist der ersten (Nachkriegs-)Stunde Ende der fünfziger Jahre. 1991 rechtfertigte er mit der Gleichsetzung von Saddam Hussein und Hitler im SPIEGEL die Massenbombardements der US-Luftwaffe auf die irakische Bevölkerung. 1993 setzte er - wiederum im Magazin für deutschnationale Studienräte - mit einem Rundumschlag gegen die Internationalismusbewegung nach. Er schrieb, von der Guerilla in der „Dritten“ Welt sei nichts anderes übriggeblieben als „der bewaffnete Mob“ und: „Das wirre Alphabet, mit dem sie sich schmücken, FNLA oder FLNS, MPLA oder FMLN, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie kein Ziel, kein Projekt, keine Idee zusammenhält, sondern eine Strategie, die diesen Namen kaum verdient, denn sie heißt: Raub, Mord und Plünderung.“ Sein Fazit lautet, sich von internationalistischer Politik zu verabschieden und sich „zuerst um seine Kinder, seine Nachbarn, seine unmittelbare Umgebung“ zu kümmern (SPIEGEL 25/1993). Enzensberger propagiert die Beschränkung jeglichen gesellschaftlichen Engagements auf die nationale, wenn nicht lokale Ebene, und profiliert sich nicht nur mit diesen Inhalten, sondern auch mit seiner Diktion als Theoretiker eines neuen, intellektuell begründeten Rassismus.

Die Kritik an dieser selbstgefälligen und eurozentristischen Haltung kann er in seinen eigenen früheren Werken nachlesen. So zum Beispiel in der Rede, die er 1961 in Frankfurt zur Eröffnung einer Ausstellung über den Algerienkrieg und die Foltermethoden der französischen Armee hielt. Damals

mahnnte er sein deutsches Publikum: „Wenn Sie unsere Kultur besichtigen wollen, gehen Sie nicht zu einem Kulturkongreß, gehen sie zu keiner Dichterlesung, gehen Sie in diese Ausstellung... Was dort ausgestellt ist, das sind nicht die anderen, das sind wir selber. Die Leute in den Konzentrationslagern, die Verhungerten, die Gefolterten, das sind wir - und wir sind die Henkersknechte, die Bombenwerfer und die Kapos... Wir sind überflutet von Informationen, wir haben Maschinen und Kanäle vollgestopft mit Programmen und Nachrichten, aber unsere Informationswelt ist so beschaffen, daß das Wichtigste keinen Platz darin hat. Der Satz läßt sich umkehren: was keinen Platz hat, wovon niemand etwas wissen will, das ist das Wichtigste.“ Dieses „Wichtigste“ ist der Verweis auf die Verantwortung der „Ersten“ Welt für die Verhältnisse der „Dritten“ Welt - bis heute die zentrale Aufgabe der Internationalismusbewegung.

Der Mief der 50er und der Aufbruch der 68er

Manchmal hilft ein Blick in die Geschichte, aktuelle Rückschläge besser zu ertragen. Zweifellos ist die Lage der Internationalismus-„Bewegung“ heute ernst. Aber ist sie schon hoffnungslos? Immerhin verfügt sie über eine ungleich breitere Basis und ungleich bessere Infrastruktur als in den meisten Etappen der Nachkriegsgeschichte: Es sollte schließlich 15 lange Jahre dauern, bis es während des Algerienkriegs, Ende der fünfziger Jahre erstmals seit 1945 wieder zu nennenswerten internationalistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik kam. Selbst weltgeschichtlich bedeutsame Daten wie die chinesische Revolution von 1949 oder auch der mythenräftige Einmarsch Che Guevaras und Fidel Castros 1959 in Havanna waren zuvor, in der miefigen, von alten Nazis mitregierten und vom Kalten Krieg geprägten Adenauer-Ära nahezu unbeachtet geblieben. Jedes internationalistische Bewußtsein war so nachhaltig verschüttet, daß die wenigen, die - wie Enzensberger - damals öffentlich auf die Greuel des Algerienkrieges hinwiesen und die algerische Befreiungsbewegung FLN unterstützen, „auf den Straßen angespuckt“ wurden.

Auch von der Anti-Vietnam-Bewegung der „68er“ haben sich vor allem falsche Eindrücke erhalten. Zählte man heute alle kirchlichen Solidaritätsgruppen, Projektunterstützer, Eine-Welt-Vereine und die lokalen Gruppen von NROs zur Internationalismusszene, so käme man wahrscheinlich auf eine größere Zahl von Dritte-Welt-Initiativen, als der SDS (der Sozialistische Deutsche Studentenbund) in seiner Hochzeit 1968 Mitglieder hatte. Tatsächlich gab es in der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg zunächst keine einzige „Dritte“-Welt-Gruppe und nicht eine einzige „Dritte“-Welt-Zei-

Internationalismusbewegung war damals integraler Bestandteil der außerparlamentarischen Opposition und wurde vom SDS und den InitiatorInnen der Ostermarschbewegung organisiert, von den selben AktivistInnen also, die auch gegen die Notstandsgesetze, die Springer-Presse, die NATO, die Waffenexporte deutscher Konzerne, die reaktionären Verhältnisse an den Universitäten usw. mobilisierten. Die Internationalismusbewegung war integraler Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem „Establishment“ und dem „kapitalistischen System“ insgesamt. Genau das machte allerdings zugleich die hohe Wirksamkeit der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg aus, die zur Veränderung der Gesellschaft insgesamt beigetragen und Freiräume für spätere politische Bewegungen eröffnet hat (auch wenn sie die Deutschen keineswegs langfristig zu „zivilisieren“ vermochten, wie uns Antje Vollmer später Glauben machen wollte).

Unstrittig, wenn auch nicht im Detail, war in der Studenten-Bewegung der späten sechziger Jahre, die die außerparlamentarische Opposition gegen den Vietnam-Krieg organisierte, das Ziel des politischen Handelns. Sie propagierte eine sozialistische Gesellschaftsalternative zur kapitalistischen Herrschaft, wobei die meisten deren deformierte stalinistische Version ablehnten. Rudi Dutschke beispielsweise, selbst aus der DDR stammend, gehörte zu den schärfsten Kritikern des „real existierenden Sozialismus“ und die Studentenbewegung protestierte nicht nur gegen den US-Krieg in Indochina, sondern auch gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen in der Tschechoslowakei und versuchte Kontakte zur Opposition in Osteuropa aufzubauen. Es

gab für sie allerdings nie Zweifel daran, daß auch das kapitalistische System keinerlei (Über-)Lebensoptionen für die Menschen in der „Dritten“ Welt bot. Für den Aufbau einer „anderen Welt“ sollte es eine andere Form des Sozialismus geben, basisdemokratisch kontrolliert und rätendemokratisch verwaltet.

Die Formulierung dieses Ziels wurde zunächst keineswegs abhängig gemacht von den realen Machtverhältnissen in der Gesellschaft. Als Aufrufe wie zum Vietnam-Kongreß in der TU in Berlin 1968, die nicht weniger als „die Weltrevolution“ propagierten, verfaßt wurden, stand die vergleichsweise kleine außerparlamentarische Opposition einem Gegner gegenüber, der - selbst im Vergleich zu heute - eigentlich als übermächtig und unüberwindbar hätte erscheinen müssen. An der Regierung war eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD (alle für den Krieg in Vietnam), geführt von einem Bundeskanzler Kiesinger, der ehemals NSDAP-Mitglied gewesen war. Eine gesellschaftliche Koalition von rechtsaußen bis sozialdemokratisch organisierte Demonstrationen gegen den SDS. Alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Berlin bekamen dafür dienstfrei. Der kleinbürgerliche deutsche Mob jagte Studenten, die lange Haare hatten, durch die Stadt und lynchte fast einen kleinen, neugierigen Angestellten, nur weil dieser eine schwache Ähnlichkeit mit Dutschke hatte. Wenig später fand einer der tausenden, von der BILD-Zeitung aufgetzeten potentiellen Täter, das richtige Opfer: bei dem Attentat auf Dutschke im April 1968.

Die ideologische Grundhaltung, daß es radikale Alternativen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem geben muß und geben



„Internationalismusbewegung war integraler Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem Establishment“

wird, prägte - wenn auch später differenzierter vorgetragen - bis in die achtziger Jahre die Internationalismus-Arbeit. Sie war auch bestimmend für die Auswahl der Objekte der bundesdeutschen Solidarität. Aus diesem Grund interessierten sich InternationalistInnen hierzulande stets vor allem für Befreiungsprozesse, die ihrer eigenen Utopie zu entsprechen schienen: in Asien für Vietnam sowie später auch für Kambodscha und China, in Afrika für Angola und Mozambique, in Südamerika für Chile und schließlich in Mittelamerika für El Salvador und Nicaragua. Selbst wenn es spätestens seit den siebziger Jahren auch Solidaritätsgruppen zu vielen anderen Ländern gab, so konzentrierten sich doch die meisten AktivistInnen auf die genannten Beispiele oder sie suchten sich zumindest auch anderswo Partnerorganisationen wie Oppositionsparteien, Basisgemeinden, Gewerkschaften und Frauenorganisationen, deren Programme auf eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn nicht explizit auf den Aufbau einer Gegengesellschaft ausgerichtet waren.

Kontinuitäten in den 80er Jahren

Letztlich waren es die gleichen Überlegungen, die noch Mitte der achtziger Jahre zu der weithin akzeptierten Einsicht führten, daß sich Internationalismusarbeit, wenn sie die bestehende (Welt-)Wirtschaftsordnung wirklich in Frage stellen wollte, weniger auf einzelne Länder und Projekte konzentrieren sollte, sondern vielmehr auf die Beseitigung der strukturellen Ursachen der bestehenden Abhängigkeiten und Ausbeutung, sprich: auf die Verantwortlichen im eigenen Land. Dieser Analyse lag die Annahme zugrunde, durch Widerstand in den Metropolen kurzfristige Freiräume zur Durchsetzung alternativer Gesellschaftsentwürfe in der „Dritten“ Welt schaffen und langfristig auch das System hier verändern zu können. Auch wenn diese Haltung manchen das beruhigende Gefühl vermittelte, „die da unten werden schon für uns die Revolution machen“ und entsprechende Folgen bei der Konsequenz der eigenen politischen Aktivitäten hatte, bot sie doch auch vielen aktiven InternationalistInnen weiterhin eine ausreichend sinnstiftende Begründung für ihre eigene Arbeit.

Die propagandistische Aufarbeitung des Scheiterns der stalinistischen Form des Staatssozialismus nach 1989 durch die westlichen Medien begründete eine neue Hegemonie der herrschenden Ideologie, wonach die kapitalistische Marktwirtschaft und die Mehrparteien-Demokratie bürgerlich-parlamentarischer Prägung die letzte und höchste Stufe gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet. Mit dem Golfkrieg gegen den Irak wurde schließlich 1991, nur zwei Jahre später, drastisch demonstriert,

was denen droht, die nach dem vorläufigen Ende der Systemkonfrontation die uneingeschränkte Dominanz der kapitalistischen Industrienationen über den Rest der Welt stören könnten.

Die 90er: Von der Revolution zur Reform

Seit den historischen Zäsuren von 1989 und 1991 bröckeln gemeinsame ideologische Grundlagen. Sicher lassen sich heute keine einfachen Utopien mit dem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit mehr formulieren. Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen müssen oft in jedem einzelnen Fall, für jedes einzelne Land neu und anders entworfen werden. Das bedeutet aber nicht, daß es keine mehr gäbe, und daß es nicht insbesondere auch in der „Dritten Welt“ nach wie vor Menschen und Organisationen gibt, die sie umzusetzen versuchen.

Hierzulande scheinen sich jedoch inzwischen viele damit abgefunden zu haben, daß sich allenfalls noch Nachbesserungen und kleinere Reformen am bestehenden kapitalistischen (Welt-)System einklagen und durchsetzen lassen. In den letzten Jahren hat sich der Grad der Mobilisierungsfähigkeit an der Basis umgekehrt proportional zur Zahl der hauptamtlichen SolidaritätsarbeiterInnen entwickelt. Diese Erfahrung mußten auch viele der nach 1989 rasch gegründeten Dritte-Welt-Läden und Initiativen in Ostdeutschland machen. Wurden sie zunächst mit ABM-Stellen verwöhnt und von BMZ-Minister Warnke höchstpersönlich bei seinen Besuchen vor Ort „für ihr Engagement“ gelobt, standen viele nach dem Auslaufen der ersten ABM-Maßnahmen und Sachmittel-Zuschüsse vor großen Schwierigkeiten, weil die Arbeit weitgehend von den hauptamtlichen MitarbeiterInnen abhängig geworden war.

Die Bereitschaft von Internationalismus-Gruppen, gegen die bestehenden Verhältnisse und die Institutionen, die sie organisieren, also IWF, Weltbank oder auch die Europäische Union (EU), Widerstand zu leisten, ist jedenfalls zurückgegangen. Das zeigt die schleppende Vorbereitung der geplanten Aktionen gegen das Gipfeltreffen der Europäischen Union im Dezember 1994 in Essen. Dabei wäre dies - nach den Europawahlen - eine der seltenen Gelegenheiten, das Thema EU endlich einmal breiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Aber obwohl es zwei mehrtägige Kongresse des BUKO (1991 in Köln und 1992 in Stuttgart) zum Thema EG-Europa gegeben hat und obwohl von Internationalismusgruppen innerhalb wie außerhalb des BUKO-Spektrums immer wieder analysiert worden ist, daß Kritik und Widerstand an den bestehenden Strukturen hierzulande ansetzen müssen, hat dies offensichtlich kaum noch praktische Konsequenzen.

Letztlich täuscht deshalb auch der aktuelle Aufruf des „alternativen Festkomitees“ zu den IWF/Weltbank-Gegenveranstaltungen in Madrid über den realen Stand der Internationalismusarbeit hinweg. Geling es mit der Anti-IWF-Kampagne 1988 noch durch außerparlamentarischen Druck, durch Bewegung auf der Straße, für kurze Zeit die Verschuldung der „Dritten“ Welt zu einem Thema zu machen, das auch über die Internationalismusszene hinaus öffentlich diskutiert werden mußte (etwa in der Presse, in Parteien, im Parlament), so kommen sechs Jahre später kaum noch Bündnisse zustande, die dieses oder ähnliche Themen aufgreifen und auf breiter Basis wirkungsvolle Aktionen dazu vorbereiten könnten. Inzwischen fehlen wohl auch die Leute, die an solchen Aktionen teilnehmen würden.

Anti-IWF-Kampagnen 1988 und 1994

Nach einem Aktionsseminar im Juni zur Vorbereitung der Anti-IWF-Aktivitäten im September 1994 schrieb Paul Sandner, der als Vertreter des BUKO-Koordinationsausschusses daran teilnahm und der schon 1988 für den BUKO zu den Initiatoren und Mitträgern der Anti-IWF-Kampagne in Berlin gehört hatte, er habe feststellen müssen, „daß seit den Gegenaktivitäten zu IWF/Weltbank 1988 einiges an ihm vorübergegangen“ sei. Zwar habe er schon vorher bemerkt, daß „die Form der Lobbyarbeit in der Drittweltzene allgemein zugenommen“ habe, aber erst bei diesem Seminar sei ihm klar geworden, „daß dies mittlerweile fast das Einzige ist, was an Aktivitäten zu IWF und Weltbank übriggeblieben“ sei. Die LobbyistInnen versuchten nur noch, „Projektbeschlüsse der Weltbank positiv zu korrigieren“, indem sie „auf deren Repräsentanten und Entscheidungsträger argumentativ einwirkten.“ So sollen zum Beispiel „zwei Millionen Daumenabdrücke gesammelt werden“ und jeder Daumenabdruck soll für einen Menschen stehen, der wegen eines Weltbank-Staudamm-Projektes vertrieben wurde.

Bislang fehlt jeglicher Beleg dafür, daß Versuche, die Herrschenden in relevanten Punkten zu einer anderen Politik zu überreden, erfolgreich sein können. Trotzdem gehen beispielsweise Internationalismusgruppen von der Westsahara über die Kuba- bis zur Kurdistan-Solidarität nicht selten mit fortschrittlich klingenden Resolutionen des Europaparlamentes hausieren, die sie durch mühsame Einflußnahme auf sympathisierende ParlamentarierInnen durchzusetzen vermochten. Sie übersehen dabei jedoch, daß die Europäische Union als Institution weiterhin eine genau gegenläufige Politik betreibt, etwa mit ihren Milliarden-Krediten und Waffenlieferungen für Marokko und die Türkei sowie Boykottmaßnahmen gegenüber Kuba. Und sie übersehen

dabei auch, daß sie mit dem Bezug auf das Europaparlament letztlich einer Institution zur Legitimation verhelfen, die nicht mehr ist als das einflußlose demokratisch-parlamentarische Deckmäntelchen der neuen Großmacht EU.

In eine ähnliche Richtung zielt die Einladung des Vereins „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)“ an Weltbankmanager und BMZ-Vertreter zu dem „Internationalen Symposium: IWF und Weltbank im 21. Jahrhundert - Reformbedarf und Perspektiven der Bretton Woods Institutionen“ im Juni 1994 nach Wuppertal. Die Frankfurter Rundschau kommentierte das so: „Der 50. Geburtstag von Weltbank und IWF ruft die Kritiker dieser Finanzinstitutionen auf den Plan. Seit der Zeit der Demonstrationen in Berlin 1988 hat sich deren Arbeitsweise jedoch geändert: Statt spektakulärer Aktionen versucht ein internationales Netz von Gruppen und Experten im direkten Kontakt mit Bank-Vertretern oder über nationale „Lobbying“-Einflüsse zu nehmen.“ Es ist der Versuch, „Einfluß zu nehmen“ auf Institutionen, deren ureigenste Funktion darin besteht, die bestehenden Ausbeutungsstrukturen zu organisieren und zu stabilisieren. Würden sich deren Repräsentanten durch gutes Zureden zu einem „richtigen“ Vorgehen in der „Dritten“ Welt bewegen lassen, müßten sie in letzter Konsequenz zur Auflösung der Institutionen beitragen, von denen sie bestens bezahlt werden. Daran glauben selbst die Lobby-Apologeten nicht.

Dieses System hält für die große Mehrheit der Menschen keinerlei positive Zukunftsoptionen bereit. Eleuterio Fernández Huidobro, Mitbegründer der Tupamaros in Uruguay, formuliert dies so: „Wir sind nicht mit einer Krise des Kapitalismus konfrontiert, sondern mit einer kaltblütigen Entscheidung: für die Existenz zweier Welten, die immer mehr voneinander getrennt werden und immer weniger voneinander abhängig sind. Besser gesagt: die Existenz einer einzigen Welt und das völlige Aufgeben der anderen... Diese kaltblütige Entscheidung liegt an einer unvermeidlichen Tatsache: Das postmoderne kapitalistische Modell (oder wie man es immer nennen will) ist für eine Minderheit, per Definition.“ (zit. nach PIZZA (Hrsg.) Odranoel, Hamburg 1992, S. 229 f.)

Von der Befreiungsbewegung zur Wahlpartei

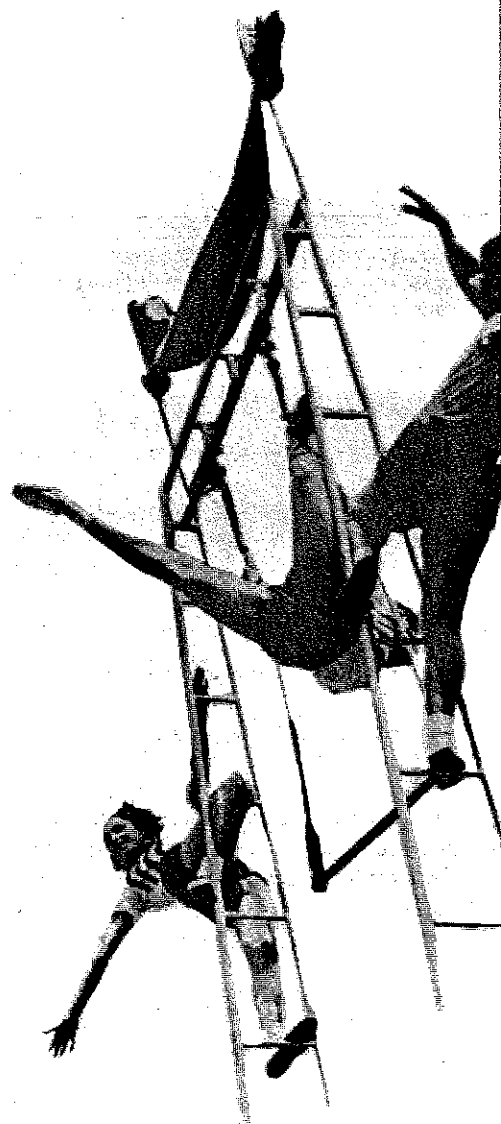
Und doch stoßen Debatten um Alternativen zur bestehenden Welt(wirtschafts)ordnung auf immer weniger Interesse. Das zeigt sich am Niedergang bewegungsübergreifender Bündnisse (Beispiel: der BUKO, der in diesem Jahr nur noch von 200 Leuten besucht war im Vergleich zu 700 vor zehn Jahren) wie am Zeitungssterben innerhalb der Dritte-Welt-Szene (Beispiel: „Dritte

Welt“ und „Entwicklungspolitische Korrespondenz“, die im letzten Jahr ihr Erscheinen einstellen mußten).

Zum Rückgang der Internationalismusbewegung hierzulande hat allerdings auch beigetragen, daß sich aufgrund der veränderten Weltordnung auch die Befreiungsbewegungen und Oppositionsgruppen in der „Dritten“ Welt anders verhielten als von InternationalistInnen hierzulande erwartet wurde. Zwar hatte sich in den achtziger Jahren bei vielen InternationalistInnen die Einsicht durchgesetzt, daß mit der Unterstützung von Befreiungsprozessen in der „Dritten“ Welt keine romantischen Revolutionsvorstellungen, keine Projektionen eigener Veränderungswünsche verbunden werden sollten, und daß auch mit Befreiungsbewegungen kritisch-solidarisch umgegangen werden müsse. Und die Mittelamerika-Solidarität suchte damals auch als erste die offene Auseinandersetzung mit ihren AnsprechpartnerInnen über „Fehlentwicklungen“ im revolutionären Befreiungskampf, etwa nach Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Miskito-Indianern in Nicaragua und bewaffnet ausgetragenen internen Machtkämpfen innerhalb der FMLN El Salvadors.

Trotzdem war die Überraschung groß, als die Sandinisten 1990 die Wahlen in Nicaragua verloren und sich schließlich auch noch die FMLN in El Salvador auf Friedensverhandlungen einließ, an deren Ende ebenfalls eine deutliche Wahlschlappe lag. Der linksradikale Teil der Internationalismus-Bewegung zeigte sich besonders irritiert, als sich auch noch die „Tupamaros“, ehemals ideologische Vorbilder der hiesigen Stadtguerilla, als Wahlpartei neu konstituierten. Als Folge der neuen Weltordnung und des Versuchs, darauf in Theorie und Praxis zu reagieren, ist heute auch die philippinische Befreiungsbewegung, vor wenigen Jahren noch die nach Einschätzung des US-amerikanischen Geheimdienstes „am schnellsten wachsende bewaffnete Guerilla Asiens“, heillos zerstritten. Die Überlebenschancen von Castros Sozialismus in Kuba erscheinen mittlerweile ebenso fraglich, wie die Durchsetzungskraft des kurdischen Befreiungskampfes.

In der einpolaren Weltordnung der Nach-Golfkriegsära, das zeigt sich allerorten, sind die Handlungsmöglichkeiten und -alternativen von Oppositionsbewegungen in der „Dritten“ Welt offensichtlich weiter geschrumpft. Auch das vom ANC entworfene Programm der ersten, frei gewählten Regierung Südafrikas zeigt, wie eng die Spielräume für alternative Gesellschaftsentwürfe heute geworden sind: es befriedigt offensichtlich eher das Personal der Friedrich-Ebert-Stiftung als manche langjährigen MitarbeiterInnen der Solidaritätsbewegung. Ähnlich „inkonsequent“ erscheinen vielen InternationalistInnen, die jahrelang mit der Intifada sympathisiert haben, die Ergebnisse der Friedensverhandlungen zwischen der PLO und Israel.



„statt spektakulärer Aktionen... ein internationales Netz von Gruppen und Experten“

All dies trägt nicht gerade dazu bei, InternationalistInnen hierzulande zu motivieren. Revolutionäre Erfolgserlebnisse wie etwa die portugiesische oder die sandinistische Revolution, die früher zumindest noch ab und zu euphorische Stimmungen in der Internationalismusbewegung auszulösen vermochten, gibt es heute offensichtlich nicht mehr. Wie gelähmt die Internationalismusszene von der scheinbaren Unverrückbarkeit der bestehenden Machtverhältnisse ist, zeigt sich deutlich an der vergleichsweise verhaltenen Reaktion auf den Aufstand der Zapatistas in Mexiko, obwohl diese mit Subcomandante Marcos über eine der charismatischsten Figuren in der Geschichte der

Befreiungsbewegungen Südamerikas verfügen.

Abkehr vom 'Schwarz-Weiß-Denken'

Um nicht falsch verstanden zu werden: es geht nicht darum, in Revolutionsromantik zu verfallen und sich immer wieder neu auf das jeweils aktuellste „revolutionäre Ereignis“ in der Welt zu stürzen. Von Konjunkturanfälligkeiten dieser Art war die Internationalismusbewegung von Anfang an zu Genüge befallen. Trotzdem kann es für die eigene, oft so zäh und wenig erfolgversprechend erscheinende Arbeit motivierend wirken, zur Kenntnis zu nehmen, wie viele Menschen in der „Dritten“ Welt unter ungleich schwierigeren Bedingungen längst noch nicht resigniert haben und immer wieder nach neuen Mitteln und Wegen suchen, sich zur Wehr zu setzen.

Stattdessen läßt sich die Internationalismusbewegung heute eher von den vielen Konflikten lähmen, die sie nicht mehr einfach theoretisch einzuordnen weiß, und für die sie entsprechend keine wirkungsvollen Reaktionsmechanismen mehr zu entwickeln vermag. Zu diesen Konflikten gehören z.B. die US-Invasion in Somalia, die französische Invasion in Ruanda, der Krieg im ehemaligen Jugoslawien sowie der wachsende Nationalismus und in seiner Folge die zunehmende politische Zersplitterung und Verelendung in Osteuropa.

Das Zentralamerikakomitee Tübingen hat dieses Dilemma in seinem lesenswerten Rückblick zum 15jährigen Bestehen der Gruppe im November 1993 („Die Linke zwischen Antirassismus und internationaler Solidarität“) so beschrieben: „Nach der Grenadainvasion hätte wohl jeder von uns in einigen Stunden ein ganz passables Flugblatt schreiben können, für ein gutes Flugblatt zu Somalia müßten wir wohl einige Tage in Klausur gehen, zu Jugoslawien vielleicht 'ne ganze Woche. Das läßt sich nicht nur mit Verunsicherungen erklären. Die Einmischung der BRD im ehemaligen Jugoslawien und die UNO-Intervention (mit BRD-Beteiligung) in Somalia ruft bei uns, wenn wir ehrlich sind, statt anti-imperialistischer Empörung nur noch ein halbherziges Unbehagen hervor. Zu lange hatten wir uns daran gewöhnt, die Welt allzuleicht in Gut und Böse, in Schwein und Nicht-Schwein zu unterteilen. Heute fehlt uns offensichtlich das Handwerkszeug für eine differenzierte Wahrnehmung und Vermittlung von Prozessen, zu denen wir nicht schweigen wollen“ (zit. nach Informationsbüro Nicaragua, Rundbrief 6/93). Letztlich hätten InternationalistInnen, so das ZAK-Tübingen weiter, mit dieser Haltung „selbst dazu beigetragen, daß der BRD-Linken der internationalistische Blick verloren ging.“ Die Schlußfolgerung kann nur sein, sich „das Handwerks-

zeug für eine differenzierte Wahrnehmung“ wieder zu erarbeiten und „den internationalistischen Blick“ wieder in die aktuellen politischen Diskurse einzubringen und zur Grundlage einer Neuformierung außerparlamentarischer Opposition zu machen.

Dabei sollte sich die Internationalismus-Bewegung nicht unter den Zugzwang setzen lassen, schnelle Antworten auf all die Fragen geben zu müssen, die die „neue Weltordnung“ im Jahr drei nach dem Golfkrieg aufgeworfen hat. Oft sind es ja gerade die Protagonisten dieser Ordnung, die von ihren KritikerInnen Lösungsvorschläge für Probleme verlangen, für die sie letztlich verantwortlich sind. So war es schlichtweg absurd, als unlängst ausgerechnet christdemokratische PolitikerInnen von InternationalistInnen verlangten, sich auch für die Einhaltung der Menschenrechte in China zu engagieren, während ihre Parteispitze gerade mit den Verantwortlichen für das Tiananmen-Massaker Milliardenengeschäfte abschloß.

Ebenso absurd ist es, sich von den großdeutsch gewendeten ehemaligen AktivistInnen der Friedensbewegung dazu drängen zu lassen, Kriegseinsätze - möglichst mit deutscher Beteiligung - in Bosnien, Somalia oder wo auch immer zu legitimieren. InternationalistInnen sollten sich allen Versuchen der Einvernahme widersetzen, wenn sie nicht wollen, daß die herrschende Ideologie letztlich als alleingültige übrigbleibt.

Für einen langen Atem

Es macht auch weiterhin Sinn, sich in der Internationalismusarbeit auf bestimmte Themenfelder zu konzentrieren und exemplarisch an ausgewählten Ländern und/oder Befreiungsprozessen auf die Funktionsweise der herrschenden Weltordnung hinzuweisen und den Widerstand, der sich dagegen entwickelt, zu unterstützen. Es ist unsinnig, sich zu allem und jedem äußern zu wollen und sich die Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung von kurzatmigen Konjunkturen in der Medienberichterstattung aufzwingen zu lassen. Wer von den JournalistInnen und PolitikerInnen, die noch vor Jahresfrist schnelle Lösungsvorschläge für Somalia verlangten, interessiert sich heute noch dafür, was in diesem Land passiert, nachdem Spranger die letzten „Entwicklungshelfer“ aus Belet Huen zurückgezogen hat? Und wer von ihnen wird sich - wenn sich erst einmal alle auch an die Bilder des Sterbens in Ruanda gewöhnt haben - morgen noch dafür interessieren?

Die Internationalismusszene sollte versuchen, Entwicklungen wie die genannten in Afrika in größeren Zusammenhängen zu analysieren und langfristig zu verfolgen. Ihre Aufgabe ist nicht, für kurzfristige Spendenaufkommen zu sorgen, sondern sie bleibt auch weiter, entlang grundsätzlicher Fragestellungen zu arbeiten. Zum Beispiel, auf die Folgen der jüngsten GATT-Verhandlun-

gen hinzuweisen, wonach ganz Afrika in Zukunft nur noch ein Anteil am Welthandel von einem Prozent zugebilligt wird, was nicht nur das Elend in Somalia und Ruanda, sondern auf dem gesamten Kontinent langfristig festschreiben wird. Beim Thema Ruanda wäre es, um ein weiteres aktuelles Beispiel zu nennen, Aufgabe der Internationalismusszene, auf „das Wichtigste, wovon niemand etwas wissen will, hinzuweisen“. Etwa auf die Tatsache, daß die französische Regierung von ihren Militärstützpunkten in Afrika aus die Diktatur Ruandas (und nicht nur die) mit installiert hatte und daß es somit nicht mehr ist als dreistester Zynismus, wenn sie sich heute medienwirksam als „humanitärer Retter“ zur Beseitigung der Folgen aufspielt. Politische Oppositionelle und TheoretikerInnen aus der Region wissen um diese Hintergründe.

So eindimensional die „neue Weltordnung“ von hier aus auch manchmal erscheinen mag, so vielfältig sind doch weiterhin die theoretischen Ansätze zu ihrer Kritik und Überwindung, die in der „Dritten“ Welt entwickelt werden. Es lohnt sich deshalb auch weiterhin, den Dialog mit BefreiungstheoretikerInnen aus anderen Kontinenten auszubauen und den Versuch zu machen, ihnen hierzulande ein Forum für ihre Alternativvorschläge zu bieten: ob es nun um die Forderung nach Enteignung der Großgrundbesitzer und einer radikalen Landreform auf den Philippinen oder den Ausbau von Kooperativen in Westafrika, die Entmilitarisierung in Guatemala oder die Verhinderung eines ökologisch desaströsen Staudammprojektes in Indien geht.

Daß InternationalistInnen heute dringender gefordert sind denn je, verdeutlicht vor allem die Tatsache, daß die „Dritte“ Welt auch in der „Ersten“ Welt präsent ist. Die Opfer der neuen Weltordnung leben längst nebenan. Und es gilt, dafür zu kämpfen (das Wort ist bewußt gewählt), daß sie vor den Angriffen einer rassistischen Politik wie vor faschistischen Horden geschützt werden und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können, mit freier Wahl von Wohnung und Arbeitsplatz, mit allen sozialen und politischen Rechten.

Eine Reihe von Gruppen haben die Antirassismusarbeit in den letzten Jahren zum festen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht. Aber weit mehr Soli-Gruppen könnten ihre Erfahrungen in die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsinitiativen einbringen, zum Beispiel indem sie die ökonomischen, politischen und ökologischen Ursachen der weltweiten Fluchtbewegungen thematisieren. Zu den aktuellsten praktischen Aufgaben von InternationalistInnen gehört heute, Flüchtlinge, denen die Abschiebung in ihre heimischen Folterregime droht, zu schützen, das heißt: im Zweifelsfall auch zu verstecken, scheinbar legal oder illegal ist.

Karl Rösse
(Rheinisches JournalistInnenbüro)